

Politische Rundschau.

Der russisch-japanische Krieg.

Der Rückzug Kuropatkins ist bei Tieling noch nicht zum Stillstand gekommen. Am 13. d. meldete der russische Oberfeldherr noch, die Angriffe der Japaner im Süden von Tieling seien mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen worden. Aber Oyama berichtet amtlich, daß er um Mitternacht zum Donnerstag Tieling besetzt habe. Es ist also den Russen nicht möglich gewesen, den letzten besetzten Punkt bis Charbin zu halten. Das einzige Heil der Russen besteht noch darin, daß sie sich im Besitze der rückläufigen Bahn nach Charbin halten; denn andere geordnete Landwege existieren auf dieser weiten Strecke (so lang wie von Mänchen nach Berlin) nicht. Kuropatkins Berichte atmen außerordentliche Zuredenheit; er findet überall bei den Truppen „vollkommene Ordnung“; die frisch eingetroffenen Regimenter machen einen „ausgezeichneten Eindruck.“ Aus seinen Berichten hat man noch nicht erfahren, daß er bei Nuiden eine Schlacht und fast die Hälfte seines Heeres verloren hat. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß er seinen Bar froh anlägen wird, vielmehr werden von seinen Berichten wahrscheinlich nur die unersparlichen veröffentlicht.

Nun ist Kuropatkin doch entlassen, nachdem noch am Freitag aus Petersburg gemeldet worden war, er stehe unerwartet beim Zaren in Gnaden. Er befindet sich bereits auf der Rückreise in die Heimat. An seine Stelle ist als Oberbefehlshaber der 67 jährige Birewitsch getreten, der bei Nuiden mit verhältnismäßig gutem Erfolg den rechten Flügel der Russen kommandierte. — Kuropatkins Schicksal erinnert an das Benehmen im 1866 er Kriege. Aus Gehorsam übernahm er beide ein verantwortungsvolles Amt, dem sie nicht gewachsen waren und dessen Schwierigkeiten noch dadurch vermehrt wurden, daß hinter den Kulissen noch allerhand einflussreiche und unverantwortliche Ratgeber ihre Hand mit im Spiele hatten.

Nowoje Wremja meldet: Nachdem die russischen Truppen Tieling geräumt haben und in Stellungen nördlich von Tieling zurückgezogen sind, ist hier eine heftige Schlacht zu erwarten. Die Japaner rücken mit enormen Kräften auf die rechte russische Flanke.

Marschall Oyama wird seine Armee in zwei Teile teilen, von denen der eine nach Wladiwostok, der andre nach Charbin marschieren wird. Russischerseits wird behauptet, daß in den Reihen der Japaner Tüchlingschützen und Schiensen mitgeschleppt haben.

Die japanische Regierung stellt Quartier für 43 000 in der Schlacht bei Nuiden gefangen genommene Russen her. Diese sollen auf verschiedene Garnisonsstädte Japans verteilt werden und zwar sollen im ganzen 20 Städte Gefangene aufnehmen.

Der Kriegsrat in Petersburg erklärte Gripensbergs Handlungswiese am Schache für gerechtfertigt. (Eine neue Waage für Kuropatkin!)

Es hieß schon vor längerer Zeit, Koschdjewenski habe mit seinem Schwager Madagaskar verlassen und die Rückreise antreten. Das wurde damals von Petersburg aus offiziell festgestellt. Jetzt kommt die neue Meldung, daß russische Schwager sei — unbestimmt wohin — in See gegangen.

Die revolutionäre Bewegung in Rußland.

Die russischen Reformer bereiten sich, wie aus Petersburg berichtet wird, zu einer neuen großen Aktion vor. Es finden zahlreiche Zusammenkünfte statt, und in etwa vierzehn Tagen soll eine Organisation aller Berufsclassen gebildet werden. Sie sind fest überzeugt, daß die von der Regierung eingeleitete Reformkommission eine Täuschung und eine Falle ist, und rufen sich, dieser Überzeugung entsprechend zu handeln. Zwischen dem 20. März und dem Ende dieses Monats sollen in Petersburg eine Anzahl Zusammenkünfte stattfinden, teilweise mit Genehmigung der Regierung. Darunter werden sein: Zusammenkünfte von Mitgliedern der Semimos und Stadträte, von Rechtsanwälden, Schriftstellern, Ingenieuren und Vertretern anderer Berufe.

Am 14. März wurde in Karlsruhe ein Polizeioffizier auf der Straße durch zwei Revolvergeschosse getödtet. Der Mörder entkam.

Deutschland.

Kaiser Wilhelm trifft nach den bisherigen Festsetzungen am 5. April in Neapel ein. Die Kaiserin und die kaiserlichen Prinzen werden am 27. d. nachmittags mit der Eisenbahn in Taormina eintreffen.



Frh. v. Gebjattel wurde als Nachfolger des Generals v. Endres zum bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin und zum Mitglied des Bundesrats ernannt.

Die nach Aethiopien entsandte deutsche Mission, die zurzeit in Abis Ababa weilte, wird demnächst die Rückreise nach Deutschland antreten. Die wegen eines deutsch-äthiopischen Handelsvertrages geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Der Vertrag ist am 7. b. unterzeichnet worden.

Die Budgetkommission des Reichstags hat im Extraordinarium des Reichstags die Abfrische in der Höhe von 2 258 000 Mk. vorgenommen, davon auf Preußen 1 165 000 Mk., auf Sachsen 1 073 000 Mk.

Abgeordnete verschiedener Parteien haben im preuss. Abgeordnetenhause zur dritten Beratung des Etats den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, für die öffentlichen Schulen eine den Verhältnissen von Stadt und Land Rechnung tragende Ferienordnung herbeizuführen, welche den Schulansfall bei den Volksschulen, den höheren und mittleren Schulen in derselben Gemeinde tunlichst gleichartig festsetzt.

In Südwest-Afrika hatten unsere Truppen abemals zwar siegreiche aber auch verlustreiche Kreffen mit den Aufständischen. Es wurde ihnen die Flucht abgenommen.

Österreich-Ungarn.

Kaiser Franz Joseph empfing am Donnerstag in Wien den Grafen Tisza in Audienz. Auf Vorschlag des Grafen Tisza begibt sich der Kaiser am Sonntag nach Budapest. Er wird dort auf neue mehrere Politiker in Audienz empfangen. Der Monarch soll entschlossen sein, die Krise einer raschen Lösung zuzuführen. (Zeit wäre es.)

Frankreich.

Der Gaulois teilt mit, daß der Abgeordnete Billeneude angefaßt der Haltung des Kriegsministers seine Resignation in der Angeberei-Angelegenheit forsetzen wird. Wenngleich sich heranzustellen hat, daß die Nationalisten bei dieser für die Republik zweifellos sehr läßlichen Sache im Rechte waren, so sollten sie doch endlich aufhören,

damit politisch kreben zu gehen, da der gegenwärtige Kriegsminister an dem Unwesen (schuldig ist.)

Italien.

Die Regierung läßt halbamtlich erklären, daß die Großmächte darüber einig seien, im gegenwärtigen Augenblick ihre Vermittlung zur Beendigung des österrichischen Krieges nicht anzubieten. Die Mächte seien der Ansicht, daß Rußland bald selbst zu der Einsicht kommen werde, daß ihm eine Fortsetzung des Krieges unmöglich sei.

Hus dem Reichstage.

Im Reichstage gab es am Donnerstag in Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsanwalters zunächst ein Reduell Bebel-Graf Bälou über Fragen der auswärtigen Politik. Abg. Bebel, der wegen seiner Aeußerungen über den preuss. Justizminister, den er der Beschuldigung zieh, zur Ordnung gerufen wurde, meinte, daß, wenn in Rußland ein Polenaufstand ausbräche, Graf Bälou im Auftrag des Kaisers ein Telegramm nach Petersburg senden würde mit dem Verprechen militärischen Beistandes. Als Redner den preussisch-russischen Auslieferungsvertrag „eine Schmach und Schande“ nannte, wurde er zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Reichsanwalters Graf Bälou warnte im Interesse der auswärtigen Politik Deutschlands abemals vor der Annahme in die inneren Verhältnisse anderer Staaten und hielt den Deutschen eine Strafbüße, daß sie, statt sich von realpolitischen Interessen leiten zu lassen, aus überroher Gerechtigkeitssucht sich anderer Nationen annähmen. Abg. Frh. Seyl zu Herrnsheim sprach dem Reichsanwalters das Vertrauen der Nationaliberalen zu seiner auswärtigen Politik aus. Abg. Schraber (sf. Bgg.) unterstützte die Resolution betr. Abhebung der Auslieferungsverträge mit Rußland. Abg. Böcker (Antil.) polemisierte gegen die Sozialdemokraten. Abg. Heine (soz.) befragte die sozialdemokratische Resolution, die um Vorlegung eines Gesetzes ersucht, durch das eine wirksame Verantwortung für den Reichsanwalters festgelegt werde. Abg. Stabskaplan (soz.) begründete die Resolution betr. Vorlegung eines Gesetzes zur Sicherung des Auslieferungsverhältnisses der Ausländer. Nach einigen Bemerkungen der Abg. v. Gersdorff (Pole), Erdber (Zr.) und des Geheimrats Galle wurde die Weiterberatung vertagt.

Am 17. b. wird die zweite Beratung des Etats des Reichsanwalters fortgesetzt.

Abg. Haase (soz.) läßt Beschwerde darüber, daß den russischen Auswanderern, sobald sie preussischen Boden betreten, fast mit Gewalt Schiffahrtskarten zur Reise über Hamburg nach Amerika aufgenötigt würden, dies gefehde selbst, wenn die Betreffenden gar nicht nach Hamburg wollten, die Schiffahrtkarte gelte dann als eine Art Pass. Ausländer seien in Preußen infolge der barbarischen Praxis der Polizei sehr hochgeachtet, obwohl das Auswandererwesen gegen die Reichskontrolle unterstellt sei. Der Antrag des preussischen Ministers des Innern, daß nur mit Schiffahrtskarten versehenen Auswanderer durchgelassen würden, sei direkt ungesetzlich.

Abg. Graf Mielezinski (Pole) begrüßt die letzte Freiheitsbewegung in Rußland, und hofft, daß sie siegreich bleiben werde.

Abg. Eichhorn (soz.) bespricht die politischen Maßnahmen Preußens und Sachsens gegen die Freizügigkeit, namentlich bei Angehörigen der sozialdemokratischen Partei.

Staatssekretär Graf v. Posadowski weist nach, daß das preussische Anstaltungsrecht nicht gegen Reichsgesetz und Reichsverfassung verstoße. Die Kontrollstationen hätten sich für sanitäre Zwecke sehr bewährt, da die Auswanderer oft aus Segenden kommen, wo ansteckende Krankheiten herrschen. Auch Amerika, Frankreich und Australien hätten zum Teil weit schärfere Bestimmungen und Kontrolle über die Einwanderung. Er wolle nicht behaupten, daß einzelne Mißgriffe vorkommen seien, daß sei aber bei einer so umfangreichen Organisation nicht zu vermeiden. Die Niederlassung eines unbesoldeten Deutschen sei heute gesetzlich ohne besondere Erschwernungen möglich, wirtschaftlich sieht überhaupt ein Deutscher, der in irgend einem Bundesstaate seinen Gewerbe nachgehen wolle, nichts im Wege.

Abg. Spahn (Zentr.) bekämpft die preussische Polenpolitik, der er vorwirft, daß sie auf Protektionierung hinausgehe.

Abg. Bernstein (soz.) warnt das deutsche Publikum, sein gutes Geld in russischen Anleihen anzulegen, Rußland werde in Zukunft seine Finanzen nicht mehr in Ordnung halten oder seine Aktien bezahlen können, die Großfinanz erwidere sich auch nicht ihres russischen Verlustes. Fürst Bismarck habe leinzeitlich auch die Beilegung der russischen Papiere verboten. Der sein Geld nach Rußland gebe, mache

sich mißgünstig an der Massenschlägerei in Ostosien, die den Zaren zum Verdreher kempelt. (Zigei präsident Paafse ruft den Redner wegen dieser Bemerkung zur Ordnung und gleich darauf noch einmal, als Redner denselben Gedanken in anderer Form wiederholt.) Redner schließt damit, daß die Regierung hinter diesen Vorkontrollstationen stehen wolle.

Reichsanwalters Graf Bälou erklärt solche Eingriffe in das Leben der Börse in der heutigen Zeit für unmöglich. Es sei richtig, daß Rußland eine Anleihe in Deutschland mit Hilfe der großen Banken aufgenommen habe, und die deutsche Regierung habe seinen Grund gehabt, dieser Anleihe entgegenzutreten, da wir zu Rußland in guten politischen Beziehungen ständen. Wenn Fürst Bismarck einmals gegen eine russische Anleihe aufgetreten sei, habe er als Grund bezeichnet, daß Rußland die Gelder zur Rüstung gegen Deutschland verwenden wolle. Falls Japan bei uns eine Anleihe aufnehmen wollte, habe die Regierung nichts dagegen. Was Herr Spahn über die Ostmarkenpolitik gesagt habe, entspreche einer unrichtigen Auffassung. Weber haben wir die Ostmarken ergriffen, nach denken wir daran, irgendwie eine Konfession im Osten zu bedrohen oder gar die katholische zu bekämpfen. Wir bekämpfen lediglich die trotz aller schönen Redensarten vorhandene Lenzung der Großpolen, die Ostprovinzen von Deutschland und Preußen abzureißen.

Abg. v. Liebenmann (freikonz.) charakterisiert aus seiner Erfahrung als Regierungspräsident die Polen und die polnische Bewegung und gibt dem Reichsanwalters völlig recht, daß alle unsere Gesetze nur Abwehrmaßregeln seien. Das Endziel sei die Fortreibung der Ostprovinzen von Preußen, wie sie schon 1848 und 1863 versucht worden sei.

Abg. v. Mielezinski (Pole) erinnert den Redner daran, daß 1848 auch in Berlin Revolution gewesen sei.

Abg. v. Odenburg-Jamshaus (kon.) läßt an, daß der Reichsanwalters in der Ostmarkenpolitik viel getan habe. In die russischen inneren Verhältnisse dürften wir uns unter keinen Umständen einmischen.

Abg. Helling (nat. lib.) erwidert dem Reichsanwalters, auf den bisherigen Wegen der Ostmarken politik fortzuführen.

Abg. Paafse (soz.) erklärt die ministerielle Verordnung über die Zulassung der russischen Auswanderer für ungesetzlich.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, darüber werde er sich wohl mit dem Redner nicht verständigen. Die Kontrollstationen seien nicht nur für die Auswanderer, sondern sollen hauptsächlich für Rückwanderer dienen. Die Auslieferungsverordnungen richteten sich in Preußen nur gegen borbefristete Leute.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Spahn (Ztr.) und Erdber (Zr.) legt Abg. v. Paafse (Pole) die Wünsche und Ziele der Polen bar und läßt aus der Besichte nachweisen, daß die preussische Regierung stets die Angriffe und die Polen in der Abwehr waren. Die Behauptung des Reichsanwalters, daß die Polen die Ostprovinzen vom Deutschen Reiche loszureißen trachteten, könne er unmöglich ernst nehmen.

Reichsanwalters Graf Bälou erwidert dem Abg. Mielezinski, daß es zwar richtig sei, daß die Berliner im Jahre 1848 — wenn auch recht strichterweise — einen Ausstand gemacht hätten, daß sie damals aber absolut nicht die Absicht hätten, sich vom preussischen Staat loszureißen, wie es die Polen gleichgültig taten. Die preussische Regierung habe es an Entgegenkommen gegen die Polen jahrzehntelang nicht fehlen lassen, es habe aber zu immer größerer Agitation der Polen geführt. Von seiner Ansicht über die großpolnische Agitation lasse er sich nicht abbringen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. v. Gersdorff (fr. Bgg.) schließt die Erörterung.

Der Titel „Gehalt des Reichsanwalters“ wird beantragt — Die Resolutionen über Gesetz-Erörterungen und über die Aufsichten über die Bundesratsbeschüsse werden angenommen, begeteigen die Resolution über die Räumigung der Auslieferungsverträge. Abgelehnt werden die Resolutionen über die Verantwortung der Minister und die Aufsichtsberechtigungen der Ausländer.

Damit ist der Etat des Reichsanwalters erledigt. Hierauf beginnt das Haus den Etat des k. u. k. Reichsanwalts, der nach kurzer Debatte bewilligt wird.

Von Nah und fern.

Geldbriefsmarder. Unte dem Verbauch, eine Anzahl von Geldbriefen entwendet und ihres Inhalts beraubt zu haben, wurde Donnerstag mittag in Berlin der 28 jährige Postbote Paul H. verhaftet. Er hatte sich durch unvorsichtigen Umgang große Ausgaben verbrocht gemacht, und man stellte ihm deshalb eine Falle, in die er auch ging.

Unter der Maske.

29] Roman von Lady Georgina Robertson.

„Verzeihen Sie,“ begann Ellen leise, „ihre Freundschaft und Güte rührt mich tief. Wie lange ist es her, seit mir jemand etwas gesagt hat. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, ich will das Geld von Ihnen annehmen.“ Und im stillen sagte sie hinzu, daß sie es zum ewigen Andenken aufbewahren wollte.

„Es freut mich, daß Sie es so auffassen,“ sagte Mathilde, „und nun will ich Ihnen Absieu sagen, ich habe noch allerlei zu tun, ehe ich abreise.“

Sie streckte Ellen ihre Hand hin, die diese kaum berührte. Dann verließ sie das Zimmer. War es nicht richtig, daß Ellen die Banknote wieder an die Lippen prekte und von neuem bitterlich weinte? So lieb war ihr ein Geschenk von Mathilde, obgleich es dazu dienen sollte, ihre Liebe zu dem Kinde zu erkaufen.

„Wie werde ich diesen Schein fortgeben,“ dachte sie, „und wenn ich verhungern möchte, ich lasse ihn nicht von mir, so lange ich lebe!“

Während sie ihn betrachtete, fielen ihr tausend Beweise von Liebe und Freundschaft ein, die Mathilde ihr in ihrem Leben gezeigt hatte. Stets hatte sie für Ellen gesorgt, sie in Krankheiten gepflegt und ihr jeden Stein aus dem Wege geräumt. Und dann die Selbstlosigkeit, mit der sie ihr Artur zugeführt hatte.

Wie wunderbar doch das Leben oft fühl! Daß sie, die reiche Erbin, Sir Johns einzige Tochter, ein Geldgeschick erhalten und annehmen würde, kam Ellen trotz allem Kummer fast komisch vor.

Am Abend desselben Tages ließ Lord Chesleigh Mrs. Bird zu sich rufen. Er teilte ihr mit, daß er sich mit Miss Burton verlobt habe, und er hoffe, Mrs. Bird werde trotzdem in ihrer Stellung bleiben. Dann sprach er noch von seinem Wunsch, daß auch Mrs. Moore im Hause bleibe. Er werde nach seiner Hochzeit einige Monate reisen und möchte ihr das Kind für die Zeit ganz anvertrauen.

Mrs. Bird versprach, mit ihr zu reden und verließ sehr beruhigt das Zimmer.

„So gut die Stelle hier ist,“ murmelte sie, „sie die Treppe hinaufging, ich wäre doch nicht geblieben, wenn Miss Forbes ins Haus gekommen wäre.“

Sie ging direkt zu Ellen und richtete das Anerbieten ihres Herrn aus.

„Sprechen Sie noch nicht darüber,“ bat sie, „aber Lord Chesleigh wird bald heiraten. Er hat es mir selbst gesagt.“

„Schon bald?“ wiederholte Ellen leise. „Ja, und er wird eine längere Hochzeitsreise machen. Sie sehen so erkaunt aus, es ist doch nichts Wunderbares, wenn ein so junger, hübscher und reicher Herr eine zweite Frau nimmt.“

„Nein,“ entgegnete Ellen zögernd, „aber nach so kurzer Zeit!“

„Es ist doch schon lange genug her. Darauf kommt es ja auch nicht an. Ich bin nur froh

über seine Wahl, wir werden die neue Lady Chesleigh alle willkommen heißen.“

„Die neue Lady Chesleigh!“ sagte Ellen leise. Dann fragte sie: „Glauben Sie, daß er noch zuweilen an seine junge Frau denkt, die damals erkrankt?“

„Ich weiß es nicht. Ich glaube nicht, daß er sie vergessen hat. Oft habe ich ihn vor ihrem Wilde sehen sehen; das ist doch ein Zeichen, daß er ihrer gedenkt. Ich für meinen Teil wünsche, sie wäre nicht gestorben, ich glaube, sie war besser als alle andern.“

„Spricht er zuweilen von ihr?“ fuhr Ellen fort.

„Mit uns nicht. Mit niemand außer Dora, aber der erzählt er immer von ihr. Ich glaube fest, er liebt Miss Burton nur, weil sie die Verwandte seiner leider viel zu früh verstorbenen Frau ist.“

„Wie fern ihnen allen doch die Wahrheit liegt,“ dachte Ellen, aber es war ihr ein Trost, daß die Leute nicht im geringsten an Arturs Liebe zu seiner verstorbenen Frau zweifelten.

Lord Chesleigh sah in der Bibliothek. Vor ihm bedeckten Papiere und Bücher den Tisch, aber seine Aufmerksamkeit festelten sie nicht. Er dachte nur an sein Bild, und versuchte, sich klar zu machen, daß nach jahrelangem Warten, nach manchem Kampf er endlich die Hand danach ausstrecken durfte. Von Mathilde glitten seine Gedanken auf Ellen über. Es war wunderbar, daß sie an sonnendellen Tagen immer besonders bei ihr weilt — sie schien ja nur

für Bild und Sonnenschein geschaffen. Mit Rührung gedachte er ihrer großen Liebe und ein Bedauern regte sich in ihm, daß sie so früh hatte sterben müssen.

„Womit habe ich die Liebe von zwei so vortrefflichen Menschen verdient,“ dachte er, „wie Mathilde und Ellen waren! Die erste, ein innerlich gefestigter, reifer Charakter, die andre ein harmlos-fröhliches Kind. Beide so ganz verschieden in ihrem inneren und äußeren Wesen, nur eins in der Liebe zu mir.“

Und dann mußte er sich eingestehen, wie ganz unwert er dieser Liebe gewesen war, und seine Träume spannen sich weiter, wie er sein ferneres Leben gestalten und Mathilde glücklich machen wollte.

Er schrad plötzlich empor; in der Türe stand Lady Forbes.

„Ich habe ein paar Mal geklopft,“ sagte sie, „hoffentlich finde ich nicht.“

Er sprang auf und geleitete sie höflich zu einem Sessel.

„Es ist mir immer eine Ehre, wenn Sie mich aufsuchen,“ erwiderte er verbindlich. „Hoffentlich haben Sie die Vormittagsstunden angenehm im Freien zugebracht.“

Sie sah ihn lächelnd an.

„Ich habe eine Neuigkeit gebürt, die mich in Erklärungen setzt,“ begann Lady Forbes zögernd. „Man sagt, daß Sie heiraten wollen, Lord Chesleigh.“

Einige Augenblicke herrschte tiefes Schweigen, dann sagte er: „Wundern Sie sich darüber?“

„Nein, ich riet Ihnen ja immer, Ihrem Hause eine Herrin zu geben, daß sie nach